

morgen

16/191

Hallo!

Ihr interessiert euch für uns? Schön, wir interessieren uns auch für euch – und für eure Fragen. Zum Beispiel: Finde ich nach der Schule den richtigen Ausbildungs- oder Studienplatz? Was fange ich am besten mit meiner Freizeit an? Könnte ich mich vielleicht ehrenamtlich engagieren? Werde ich zum Wehrdienst eingezogen oder möchte ich lieber einen Freiwilligendienst machen? Irgendwie muss man sich ja entscheiden – aber wie?

Politik kann dazu beitragen, dass ihr mehr Möglichkeiten habt, gute Entscheidungen zu treffen. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass ihr sie auch bekommt. Gleiche Chancen, gute Angebote und wirkliche Unterstützung gehören dazu. Wenn es in der Politik um Umweltschutz oder Arbeitsplätze geht, um eine friedlichere Welt für alle, dann betrifft das junge Menschen doppelt: Es sind eure Chancen von heute und die Perspektiven von morgen. Aus unserer Sicht kommen eure

Interessen da zu kurz. Deshalb muss Politik jugendgerechter werden und Jugendliche mehr beteiligen.

Oft steht ihr auch nur als Problem im Mittelpunkt von Medien und Politik – alle reden dann von Jugendgewalt oder „Komasaufen“. Jugendliche werden also ignoriert oder sie sind ein Störfaktor. Wir Grüne sagen: Bestimmt selbst über euer

Leben. Dabei wollen wir euch unterstützen. Was heißt das konkret? Auf unserer To-do-Liste steht zum Beispiel: Ausbildung verbessern, Studiengebühren abschaffen, Praktika fair gestalten, Freiwilligendienstplätze verdoppeln. Dafür und für einiges mehr machen wir uns im Bundestag stark.

Unsere Vorschläge für eine aktivere Jugendpolitik stellen wir euch in diesem Magazin vor. Wir freuen uns über eure Rückmeldungen. Viel Spaß also beim Lesen und viel Erfolg bei euren Entscheidungen!

Kai Gehring,
jugendpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion

Ausbildung statt Ausbeutung!

Vielleicht gehörst du auch zu denen, die eine Ausbildung machen wollen, stattdessen aber in einer Warteschleife landen? Dann bist du nicht allein – knapp der Hälfte aller ausbildungsbereiten Jugendlichen geht es so. Doch was nützt dir das?

Was helfen könnte, ist unser Konzept DualPlus. DualPlus bedeutet: neue Ausbildungsstätten einrichten, und zwar überbetrieblich und zusätzlich zu Berufsschule und Betrieb. Damit wollen wir erreichen, dass sich mehr Betriebe einen Azubi leisten. Zum Beispiel dich.

Zweite Idee: Ausbildungsbausteine. Solange du keine Lehrstelle findest, kannst du etwas Nützliches lernen, was du wie einen Baustein in deine Ausbildung einfügen kannst. Und was natürlich mit einem Zertifikat anerkannt wird.

Dritte Idee: Wer seine Schulausbildung abgebrochen hat, soll eine Produktionsschule besuchen können. Da lernt man sozusagen beim Arbeiten und kann dabei auch den Schulabschluss nachholen.

Viele Jugendliche versuchen, mit einem Praktikum Wartezeit zu überbrücken oder die eigenen Chancen zu verbessern – und finden sich beim Kaffeekochen und endlosen Kopieren wieder, häufig monatelang und ohne Bezahlung. Unsere Forderung: Mindeststandards für faire Praktika – wie ein Praktikumsvertrag, eine Aufwandsentschädigung und eine Begrenzung auf möglichst 4 Monate. Dazu sollen sich besonders die Branchen verpflichten, die dafür bekannt sind, Praktikanten auszunutzen. Ein unabhängiges Gütesiegel „Faires Praktikum“ könnte Betriebe kennzeichnen, in denen Praktikanten zu fairen Bedingungen etwas lernen können. Das wäre jetzt mal ein Job für unsere Bundesregierung!

Das Gewissen isst mit!

Tee und Schokolade aus fairem Handel schmecken besser – meinen gerade junge Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie wollen wissen, unter welchen Bedingungen produziert wurde, was sie kaufen sollen. Fair und umweltfreundlich soll es nach Möglichkeit sein – beim Tee wie beim T-Shirt. Voraussetzung für bewussten Konsum ist mehr Transparenz. Deshalb wollen wir, dass Verbraucher möglichst viele Informationen über die Herkunft von Gütern erhalten. Dazu können Gütesiegel einen wichtigen Beitrag leisten. Auch bei Geldanlagen wollen wir „schmutzige Geschäfte“ verhindern, Informationspflichten sollen nachweisen, wo und wie angelegtes Geld investiert wird.

Veränderungen der Lebensweise beginnen bei jedem und jeder selbst. Allerdings kann die Politik durchaus dazu beitragen. Zum Beispiel, dass Milch da verkauft wird, wo sie produziert wird: durch die Förderung regionaler Vermarktungswege und ökologischer Landwirtschaft. Als Tierschutzpartei kämpfen wir zudem für die artgerechte Haltung von Tieren.

Jugendkultur gegen rechts!

„Nein danke, ich habe was Besseres vor.“ Wer das sagen kann, geht rechtsextremen Ideologien nicht so leicht auf den Leim. Obwohl sie menschenfeindlich sind, andere ausgrenzen, finden sie ihre Anhänger. Viele Rechtsradikale sind bereit zu schweren Gewalttaten. Was hilft gegen rechtsextreme Einfalt? Wenn man sich beteiligen und mitentscheiden kann, wenn man ernst genommen wird, wenn es was Besseres zu tun gibt: demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und kulturelle Angebote. Wir Grüne stellen uns gegen jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir wollen vielfältige Jugendkulturen fördern, zum Beispiel durch die Unterstützung demokratischer Jugendverbände.

Gerade dort, wo Probleme mit Rechtsextremismus verschwiegen werden, brauchen demokratische Jugendinitiativen mehr Unterstützung. Sie sollen – anders als bisher – direkten Zugang zu Förderungsmöglichkeiten bekommen. Verstärken wollen wir den Schutz von Opfern rechter Gewalt und die Aufklärungsarbeit in allen Generationen. Denn Rechtsextremismus ist nicht nur ein Jugendproblem, häufig werden solche menschenverachtenden Ideologien von den Eltern an die Kinder weitergegeben.

Offen für neue Medien!

Du surfst viel im Internet, hast eine eigene Facebookseite, twitterst gern oder spielst Computerspiele? Wir meinen: Neue Medien sind spannend, sie zu verteufeln bringt nichts. Wichtig ist vor allem, schon früh zu lernen, wie man sie verantwortlich nutzt. Wir stellen immer wieder fest, dass die Generationen sehr unterschiedliche Medienerfahrungen haben. Bestes Beispiel ist die Diskussion, ob ein Verbot von sogenannten Killerspielen etwas bringt. Gewaltverherrlichung ist bereits verboten. Unsere Linie ist klar: Wir wollen das gewaltverherrlichende Zeug wirkungsvoll zurückdrängen, zum Beispiel durch die Förderung guter Spiele. Medienkonsum qualifiziert, kann aber abhängig machen. Wichtig ist, dass die Politik auf Probleme wie Sucht reagiert und es auch bei der Altersfreigabe berücksichtigt. Grundsätzlich gilt: Der beste Schutz gegen exzessiven Medienkonsum ist ein breites Freizeitangebot und die Stärkung der persönlichen Fähigkeiten.

Deine Stimme macht den Unterschied!

Unternimmt die Politik genug, um die Probleme von morgen zu lösen? Haben die Politiker deine Zukunft im Blick? Oder denken sie mehr an ihr nächstes Wahlergebnis? Was denkst du: Würde sich die Politik verändern, wenn Jugendliche schon mit 16 wählen dürften? Tatsache ist, dass sich unsere Gesellschaft verändert: Bereits 2010 werden mehr Ältere über 65 Jahren als Junge unter 20 Jahren in Deutschland leben. Wir meinen, dass Politik faire Lösungen für alle finden muss. Wir wollen deshalb das aktive Wahlalter auf 16 Jahre absenken und besser über Politik informieren.

Doch wir wollen noch mehr: mehr demokratische Beteiligung und politische Bildung. Eine Demokratie lebt vom Mitmachen – Schulwege sicherer machen, den Schulhof oder deinen Jugendtreff neu gestalten. Pseudo-Beteiligung wie folgenlose, einmalige Events lehnen wir dagegen ab.

Gegen Handyabzocke und Datenschnüffelei!

Du bist attraktiv! Wenn du ein Handy hast und gerne im Internet unterwegs bist – umso mehr. Vor allem attraktiv für Firmen, die sich für dein Geld und deine persönlichen Daten interessieren. Die digitale Welt bietet eben nicht nur Chancen, sondern auch Risiken wie Abzocke und Datenschnüffelei. Jugendliche werden als Kunden massiv umworben, ohne dass die Schutzvorschriften für den digitalen Markt ausgereift sind. Ob Kostenfallen im Internet, Lockvogelangebote im Einzelhandel, Gewinnspiele oder Verkaufsmethoden wie unerlaubtes Telefonmarketing: Es fehlt an Aufklärung über unfaire Geschäftspraktiken und die Wiedergutmachung der entstandenen Schäden.

Immer mehr Jugendliche sind verschuldet. Oft sind zu hohe Kosten bei der Handy-Nutzung der Grund. Hier helfen nur mehr Information und stärkere Verbraucherrechte. Einerseits ist zwar das Telefonieren durch mehr Wettbewerb billiger geworden. Andererseits sind Tarifangebote aber undurchschaubarer geworden. Wir wollen hier mehr Klarheit schaffen. Dazu gehören verpflichtende Preisansagen in der Werbung und vor Telefonaten sowie Tarifobergrenzen (wie bei 0900-Telefonnummern).

Un-abhängig leben!

Fast jeder tut es: Hier ein Bier, da eine Zigarette, da ein Joint. Gut für die Stimmung, gut gegen Stress – irgendwo zwischen Genuss und „ich muss“. Nicht immer sind wir beim Gebrauch dieser Suchtmittel noch „Herr der Lage“. Wir Grüne setzen grundsätzlich auf eine Gesellschaft, die die Eigenverantwortung achtet. Anders sieht es aus, wenn andere geschädigt werden oder man seine Handlungen selbst nicht mehr kontrollieren kann, wie zum Beispiel beim gefährlichen Komasaufen. Noch kurz zu Cannabis: Das Verbot dieser Droge geht unserer Meinung nach an der Realität mit weit über 3 Millionen Konsumenten in Deutschland vorbei. Denn es stellt Cannabis pauschal unter Strafe, ohne zwischen unbedenklichen und riskanten Konsumformen zu unterscheiden. Wir wollen den Besitz und den Anbau von Cannabis zum Eigenverbrauch entkriminalisieren. Auf längere Sicht sollte es über lizenzierte Stellen abgegeben werden, verbunden mit qualifizierter Beratung und Qualitätskontrollen.

Freiraum für Freizeit!

Wo triffst du deine Freunde, ohne dass es etwas kostet und ohne ein bestimmtes Programm? Auf dem Kinderspielplatz? Auf der Straße? Oft gar nicht so einfach, denn der sogenannte öffentliche Raum wird immer weiter eingeschränkt. Den Jugendzentren und Treffs vor Ort ergeht es nicht besser: Sie kriegen immer weniger Geld, bis nichts mehr übrig bleibt – gerade auf dem Land.

Was macht die Bundesregierung? Sie streicht das Geld, mit dem soziale Netzwerke in ländlichen Regionen unterstützt werden sollten. Wir meinen, dass der Staat auf allen Ebenen in der Jugendhilfe mehr tun muss. Gerade Jugendliche, die es zu Hause oder in der Schule nicht so leicht haben, brauchen Angebote, die sie unterstützen und ihnen weiterhelfen. Wir wollen mehr offene Jugendarbeit, Streetworking und Freizeitangebote. Ganz wichtig: den Jugendlichen mehr zutrauen, z.B. einen Jugendtreff mitzuorganisieren.

Uni für alle!

Endlich geschafft. Das Abi in der Tasche und dann das: fehlende Studienplätze, abschreckende Studiengebühren und zu knappes BAföG. Wir meinen: Ein Studium muss finanzierbar sein und darf nie am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Unser Ziel ist, die Hochschulen weiter zu öffnen. Selbst eine Studie im Auftrag der Bundesregierung hat festgestellt, dass allein 2006 bis zu 18.000 junge Menschen wegen Studiengebühren kein Studium angefangen haben. Angesichts von viel zu wenig Studierenden sind das definitiv zu viele. Vor allem Nicht-Akademiker-Kinder schrecken die Studiengebühren ab. Heute studieren nur 17 Prozent der Arbeiter-Kinder, aber 83 Prozent der Akademiker-Kinder. Die Campus-Maut macht's noch schlimmer. Grünes Fazit: Studiengebühren müssen weg, Zugangshürden runter und dringend mehr Studienplätze her.

Wehrpflicht abschaffen, Freiwilligenplätze verdoppeln!

Was machst du denn so nach der Schule? Erstmal gucken, oder hat dich die Bundeswehr schon fest gebucht? Wir setzen auf Freiwilligkeit statt Zwang! Die Wehrpflicht gehört abgeschafft, weil sie ungerecht und sicherheitspolitisch unnötig ist. Nur noch 10 von 100 jungen Männern eines Jahrgangs müssen zur Bundeswehr. Mittlerweile werden zudem deutlich mehr Zivis als Grundwehrdienstleistende einberufen. Wer den Kriegsdienst verweigert, muss also höchstwahrscheinlich Zivildienst leisten. Das ist das Gegenteil von Wehrgerechtigkeit und benachteiligt die Dienstleistenden in ihrer Lebensplanung.

Statt Jugendliche mit Pflichtdiensten von Studium und Ausbildung abzuhalten, sollen sie nach der Schule frei entscheiden können, ob sie einen Freiwilligendienst leisten wollen. Die Nachfrage ist bereits jetzt enorm: Auf jeden Platz bewerben sich drei bis vier junge Frauen und Männer. Dieses Engagement wollen wir unterstützen und die Freiwilligendienste im ökologischen, sozialen, kulturellen und internationalen Bereich massiv ausbauen. Die Jugendlichen von heute sind mehr als jede andere Generation bereit, sich freiwillig zu engagieren – man muss sie nur lassen!

Bundestagsdrucksachen

16/10881 Hochschulgesetz für mehr und bessere Studienplätze

16/6771 Jugendfreiwilligendienste ausbauen

16/6647 Aktives Wahlalter auf 16 Jahre absenken

16/5780 Entschließungsantrag zur Großen Anfrage Jugendpolitik

16/9118 Entschließungsantrag zum Jugendschutzgesetz

16/8044 Wehrpflichtige in Studium und Ausbildung vor Einberufung schützen

Wichtige Positionspapiere

Jugendliche nach vorn. Grüner Aktionsplan für mehr Teilhabe

DualPlus. Recht auf Ausbildung faktisch umsetzen

Links zum Thema

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Jugend

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552
Stand: März 2009